Informationen nach Artikel 13 DS-GVO
In Zusammenhang mit dem Nachweis nach § 20 Abs. 9 Satz 1 Infektionsschutzgesetz – IfSG (Masernimpfschutz, -immunität, Kontraindiktion)

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist der Universität Freiburg ein wesentliches Anliegen und wir möchten, dass Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten umfassend informiert sind.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten (im Folgenden „Daten“) gemäß den gesetzlichen Vorgaben und gestalten dies in transparenter Weise. Mit den folgenden Datenschutzinformationen erläutern wir Ihnen, welche Daten in Zusammenhang mit Nachweis nach § 20 Abs. 9 Satz 1 IfSG verarbeitet werden, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage dies erfolgt. Zudem erhalten Sie Auskunft über Ansprechpartner sowie Ihre Rechte.

Verantwortlicher im datenschutzrechtlichen Sinne
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
vertreten durch die Rektorin
Prof. Dr. Kerstin Krieglstein
Friedrichstraße 39, 79098 Freiburg
datenschutz@uni-freiburg.de

Datenschutzbeauftragter

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Der Datenschutzbeauftragte
Friedrichstraße 39, 79098 Freiburg
datenschutzbeauftragter@uni-freiburg.de

Datenverarbeitende Stelle und Ansprechperson
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Medizinische Fakultät, Studiendekanat
Breisacher Straße 153, 79110 Freiburg
mdek.datenschutz.studiendekanat@uniklinik-freiburg.de, 0761-27090960

Zweck der Datenverarbeitung
Im Rahmen Ihres Studiums werden Sie in einer Einrichtung nach § 23 Abs. 3 Satz 1 IfSG (Krankenhaus) tätig. Folglich haben Sie nach § 20 Abs. 9 Satz 1 IfSG vor Beginn ihrer Tätigkeit einen Nachweis zum Masernimpfschutz, -immunität, Kontraindiktion bei der Albert-Ludwigs-Universität vorzulegen: Die Universität erhebt Ihre personenbezogenen Daten, um ihrer gesetzlichen Verpflichtung aus § 20 IfSG nachzukommen bzw. zum Zwecke der Erfassung, ob Sie als betroffene Person einen ausreichenden Impfschutz gegen Masern oder

eine Immunität gegen Masern aufweisen bzw. oder sie aufgrund einer medizinischen Kontraindikation nicht geimpft werden können.
Wenn der Nachweis nach § 9 Abs. 1 Satz 1 IfSG nicht vorgelegt wird oder wenn sich ergibt, dass ein Impfschutz gegen Masern erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist oder vervollständigt werden kann (vorübergehende Kontraindiktion) können Sie nicht zu Veranstaltungen im Rahmen des Studiums zugelassen werden, die mit einer Tätigkeit in einem Krankenhaus oder einer Arztpraxis verbunden sind (z.B. Blockpraktikum, Untersuchungskurs, etc.).

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage ist das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) (geändert nach dem Masernschutzgesetz; gültig ab 01. März 2020): § 20 Abs. 8 IfSG und darin verwiesene Paragraphen sowie § 20 Abs. 9 IfSG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. c, Abs. 3 DSGVO.

Wenn der Nachweis nach § 20 Abs. 9 Satz 1 IfSG nicht vorgelegt wird, können Sie nicht zu Veranstaltungen im Rahmen des Studiums zugelassen werden, die mit einer Tätigkeit in einem Krankenhaus oder einer Arztpraxis verbunden sind (z.B. Blockpraktikum, Untersuchungskurs, etc.).

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die Daten werden nur so lange verarbeitet, wie es für den angegebenen Zweck erforderlich ist. Sie werden insofern in der Studierendenakte aufbewahrt und mit dieser gelöscht bzw. vernichtet.

Empfänger Ihrer Daten

Die Daten werden im Bereich Studium und Lehre der Medizinischen Fakultät verarbeitet und, soweit der Nachweis nach § 9 Abs. 1 Satz 1 IfSG vorgelegt wurde, nicht an Dritte weitergegeben.

Ihre Rechte als betroffene Person (Artikel 12 ff. DS-GVO)

1. *Recht auf Auskunft*
   Sie können jederzeit Auskunft verlangen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die im Rahmen des Nachweise de Masernimmunität erhoben, verarbeitet oder an Dritte übermittelt werden
2. *Recht auf Berichtigung*
   Sie haben das Recht, Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten berichtigen zu lassen.
3. *Recht auf Löschung*
   Sie haben darüber hinaus das Recht auf Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung.
4. *Recht auf Einschränkung der Verarbeitung*
   Unter bestimmten Voraussetzungen haben Sie das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen
5. *Recht auf Datenübertragbarkeit*

Sie haben unter Bestimmten Voraussetzungen das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, zu erhalten. Sie können beantragen, dass diese Daten entweder Ihnen oder, soweit technisch möglich, einer anderen von Ihnen benannten Stelle übermittelt werden.

6. *Widerspruchsrecht*
   Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) erfolgt, Widerspruch einzulegen.
7. *Recht auf Widerruf der Einwilligung*
   Für den Fall, dass Sie uns eine Einwilligung erteilt haben, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten jederzeit zu widerrufen. wobei die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt wird.
8. *Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde*
   Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Rechtsvorschriften verstößt. Eine solche Aufsichtsbehörde ist bspw. der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, E-Mail poststelle@lfdi.bwl.de (https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/).
9. Falls Sie Betroffenenrechte gegenüber der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg geltend machen möchten, wenden Sie sich bitte an datenschutz@uni-freiburg.de.

Informationen über den Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 lit. e und f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen.